



Kathrin Rösel MdB

Unter der Kuppel – Zusatzinformation - Ehe für alle -



23. Juni 2017

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

eigentlich wollte ich an dieser Stelle eine Zusammenfassung meines ersten Jahres im Bundestag geben. Ich habe in diesen Wochen und Monaten viel Neues erlebt und ich dachte, es würde Sie möglicherweise interessieren, wie meine Eindrücke sind und wie sich meine Arbeit in dieser Zeit gestaltet hat. Eigentlich...

Es hat sich in den letzten Tagen eine Situation ergeben, die es aus meiner Sicht erforderlich macht, dass ich Ihnen meine Position zum Thema „**Ehe für alle**“ erläutere.

Grundsätzlich bleibt festzuhalten, dass es einen bestehenden Koalitionsvertrag gibt, in dem eine begriffliche Gleichstellung von homosexuellen und heterosexuellen Partnerschaften in dieser Legislaturperiode nicht vorgesehen ist. Die SPD hat nun drei Tage vor der Sommerpause einen Antrag auf den Weg gebracht, der genau das fordert. In meinen Augen ist das ein klarer Koalitionsbruch. Der Koalitionsvertrag hat aber nach wie vor Gültigkeit. Das wird meiner Ansicht nach auch bis zum Ende der Legislaturperiode so bleiben. Schade, dass mit so einer sensiblen Frage nun Wahlkampf gemacht wird.

Selbstverständlich dürfen Menschen wegen ihrer geschlechtlichen Orientierung nicht diskriminiert werden. Ich denke, in dieser Frage sind wir uns einig. In den letzten Jahren haben wir zahlreiche Gesetze verabschiedet, die homosexuellen Paaren die gleichen Rechte und Pflichten einräumen, die denen der Ehe gleich- oder nahekomen. Das ist gut und richtig so.

Allerdings hat das Bundesverfassungsgericht immer wieder und zuletzt in einem Urteil von 2014 betont, dass die „Ehe“ laut Grundgesetz die Verbindung zwischen Mann und Frau ist. Auch in einer Anhörung im Rechtsausschuss zu diesem Thema kamen zahlreiche Experten zu dem Schluss, dass eine Öffnung der Ehe auch für homosexuelle Paare eine Änderung des Grundgesetzes erforderlich macht. Über diese verfassungsrechtlichen Bedenken kann ich mich als Rechtspolitikerin nicht einfach hinwegsetzen.

Als Parlamentarierin habe ich stets die Verpflichtung, nach bestem Wissen und Gewissen abzustimmen. So schreibt es mir das Grundgesetz vor. Und so mache ich mir mein Abstimmungsverhalten in dieser schwierigen Frage nicht leicht.

Aufgrund meiner langjährigen Tätigkeit im Jugendamt weiß ich, dass Kinder, die von homosexuellen Paaren erzogen werden, manchmal glücklicher und behüteter aufwachsen als Kinder in anderen Familien. Daher würde ich einer kompletten Gleichstellung im Adoptionsrecht zustimmen, wenn diese allein zur Abstimmung stehen würde.

Ich bin überzeugte Christin. Wer mich kennt, weiß, dass ich auch in Zeiten, in denen mir der Wind wegen dieser Überzeugung hart ins Gesicht bläst, dennoch dazu stehe. In der Frage, ob wir die Institution „Ehe“ öffnen, habe ich eine eindeutige Haltung. Der Ehebegriff begründet sich aus dem christlichen Weltbild als Verbindung von Mann und Frau. Aus diesem Grund habe ich gegen die vollständige Öffnung der Ehe gestimmt.

Ich hoffe sehr, dass auch diejenigen, die in dieser Sache eine andere Meinung haben, meine Entscheidung respektieren. Toleranz ist keine Einbahnstraße.